

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates - Haushaltsberatungen

am Donnerstag, den 17.11.2016
im Angletsaal, Kulturzentrum am Karlsplatz

Beginn:	09:10 Uhr
Ende	17:00 Uhr

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeisterin

Seidel, Carda

Mitglieder des Stadtrates

Beyer-Nießlein, Elke	anwesend ab TOP 4 a; abwesend bei TOP 5a Nr. 7; abwesend bei TOP 5b Nr. 31-34
Bock, Dieter	abwesend bei TOP 5b Nr. 33
Bucka, Markus Dr.	abwesend bei TOP 5b Nr. 14+20
Deffner, Thomas	abwesend bei TOP 5b Nr. 18
Enzner, Gerhard	entschuldigt ab TOP 5b Nr. 35
Fabi, Markus	abwesend bei TOP 5a Nr. 7; abwesend bei TOP 5b Nr. 12-14; 32+33
Forstmeier, Werner	
Frauenschläger, Elvira	entschuldigt ab TOP 5b Nr. 21
Fröhlich, Uwe	anwesend ab TOP 2 abwesend bei TOP 5a Nr. 7+ 9
Gowin, Michael	abwesend bei TOP 5b Nr. 22
Hayduk, Ingo	
Hillermeier, Joseph	
Höhn, Sebastian	
Homm-Vogel, Elke	abwesend bei TOP 5b Nr. 34
Hüttinger, Hannes	abwesend bei TOP 5a Nr. 12+13
Illig, Richard	
Kernstock-Jeremias, Kerstin	abwesend bei TOP 5b Nr. 24
Koch, Helga	entschuldigt ab TOP 5b Nr. 17
Krettinger, Beate	
Kupser, Paul Dr.	
Link, Gert	abwesend bei TOP 5b Nr. 7
Lintermann, Jochen	abwesend bei TOP 5b Nr. 22
Meyer, Boris-André	abwesend bei TOP 5b Nr. 22
Müller, Hubert	abwesend bei TOP 5b Nr. 20; 31-34

Porzner, Martin	
Raschke-Dietrich, Monika	
Reisner, Frank	abwesend bei TOP 5b Nr. 10
Salinger, Stefan	entschuldigt bei TOP 5b Nr. 1
Sauerhammer, Gerhard	abwesend bei TOP 5b Nr. 15+24
Sauerhöfer, Jochen	abwesend bei TOP 5a Nr. 11; abwesend bei TOP 5b Nr. 20+36
Schalk, Andreas	abwesend bei TOP 5b Nr. 22-28
Schaudig, Otto	abwesend bei TOP 5b Nr. 9-12; 33+34
Schildbach, Uwe	
Schober, Manfred	entschuldigt von TOP 5b Nr. 1-9
Schoen, Christian Dr.	abwesend bei TOP 5a Nr. 9; abwesend bei TOP 5b Nr. 20
Seiler, Friedmann	
Sichermann, Paul	entschuldigt bis TOP 4 c entschuldigt von TOP 5b Nr. 16-31
Stephan, Manfred	abwesend bei TOP 5b Nr. 28
von Blohn, Christine Dr.	abwesend bei TOP 5a Nr. 12+13

Schriftführerin

Jakob, Barbara	ab TOP 5
Schäff, Birgit	bis TOP 4

Verwaltung

Steinhäuser, Stefan	für TOPs 1 -4
Ziegler, Anne	
Zobel, Gerhard	

Referenten

Büschl, Jochen
Kleinlein, Udo
Nießlein, Holger
Schlieker, Ute
Schwarzbeck, Hans

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Denzlinger, Stefan	entschuldigt
--------------------	--------------

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- TOP 1 Aktuelle Haushaltssituation
- TOP 2 Höchstbetrag der Kassenkredite 2017 -Entscheidung-
- TOP 3 Stellenplan 2017
- TOP 4 Ergänzungen zum Haushaltsentwurf 2017;
 - a) Bezirksumlage 2017
 - b) Stellenplan 2017 - finanzielle Auswirkungen -
 - c) Darlehen/Vorschuss ANregiomed
- TOP 5 Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2017 - Anlage -
 - a) Verwaltungshaushalt
 - b) Vermögenshaushalt
 - c) Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung
- TOP 6 Abgleich des Haushalts 2017 und der mittelfristigen Finanzplanung; Auftrag an die Kämmerei
- TOP 7 Anfragen/Bekanntgaben

Oberbürgermeisterin Carda Seidel eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Stadtrates - Haushaltsberatungen geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Herr Deffner im Namen des gesamten Stadtrats Frau Frauenschläger zur Kommunalen Verdienstmedaille in Bronze.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Aktuelle Haushaltssituation

Frau OB Seidel erklärt einführend, dass Ansbach weiterhin gut da steht. Die heutigen HH-Beratungen finden auf der Grundlage stabiler Finanzen statt, denn in den letzten Jahren wurde gut gewirtschaftet. Die gute Wirtschaftslage trägt ebenfalls sehr positiv bei.

Für 2017 wird über einen HH mit einem noch höheren Volumen als 2016 beraten (2016:: 145 Mio. €; 2017: über 152 Mio. €)

Gründe sind erfreulich höhere Einnahmen aus Gewerbesteuer und Steuerbeteiligungen an Einkommens- und Umsatzsteuer sowie mehr Schlüsselzuweisungen. Zahlreiche, große notwendige Investitionen in die Stadt und deren Zukunft, siehe das Investitionspaket von über 22 Mio. € (normal: 15 – 18 Mio. €), große Aufwendungen für den Krankenhausverbund ANregiomed, aber auch höhere Ausgaben für die soziale Sicherung, insbesondere auch steigende Ausgaben, aber auch Einnahmen für Flüchtlinge.

Im Investitionspaket sind viele wichtige Maßnahmen für Schulen, Straßen und Infrastruktur enthalten. Zudem:

- Die Neugestaltung Neustadt,
- das Schrammhaus – hier muss es im Sinne der Bürger, aber auch der Mitarbeiter weitergehen,
- Erweiterung der Bauschuttdeponie,
- Erwerb und Erschließung von Rohbauland für neue Wohnbaugebiete (Hennenbach, Höfstetten) – wichtig für die weitere Entwicklung der Stadt,
- Erschließung Gewerbepark Elpersdorf – Vermarktungsbeginn in 2017! – damit werden Möglichkeiten für weitere Ansiedlungen und Unternehmenserweiterungen geschaffen,
- sozialer Wohnungsbau – 8 Whg Kirchenweg => 2. HJ 2017 bezugsfertig!
- Planungskosten Konversion Barton Barracks,
- Investitionszuschüsse: ANregiomed, Freibadsanierung,
- u.v.m.

Die Besonderheit ist, dass ganz viele Maßnahmen im Haushalt enthalten sind, die 2016 bereits im Stadtrat beschlossen bzw. schon begonnen wurden. Es sind also bereits viele Dinge im Haushaltsentwurf finanziert, die seitens des Stadtrates für wichtig gehalten

und/oder als notwendig erkannt wurden. Zudem enthält der HH-Entwurf hohe freiwillige Leistungen (über 2,7 Mio. €).

Der HH-Entwurf zeichnet sich aus durch eine hohe Zuführung zum Vermögenshaushalt (von fast 11 Mio. €) und weist damit eine gute freie Finanzspanne auf. Hier zeigt sich die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt.

Stichwort: Neuverschuldung: 1,75 Mio. € sind eingeplant. Dies erscheint legitim, weil viele Investitionen in die Zukunft geleistet werden (Wohnbauland, Gewerbeflächen bereitstellen, Sanierung von Schulen, neue Bauschuttdeponie und Fertigstellung Promenade und Maximilianstraße) und die Investitionen für Wohnbaugebiete und Gewerbegebiet Elpersdorf mittelfristig zurückfließen werden. Man war sich zudem einig, dass die hohen Leistungen für ANregiomed nicht im „normalen“ HH untergebracht werden können. Bis 2020 ist es Ziel, die Verschuldung zu reduzieren.

Die vorgelegten Anträge zeigen, große Einsparungen werden nicht angestrebt, sondern noch mehr Investitionen in verschiedene Baumaßnahmen, höhere freiwillige Leistungen für Kultur, Kinderbetreuung, Natur- und Landschaftsschutz und zudem sind Ansätze für Stadtentwicklung und sozialen Wohnungsbau enthalten.

Dies sind durchaus gute Ideen und Maßnahmen und Vieles ist wünschenswert. Oft fehlt aber die Finanzierung und manche Maßnahmen sind schlicht nicht oder noch nicht durchführbar.

Frau OB Seidel wünscht sich für die HH-Beratungen, dass dem im Vorjahr eingeschlagenen guten Weg für Ansbach treu geblieben wird und dass machbare Maßnahmen auf den Weg gebracht werden und mit Mut zukunftsweisende Entscheidungen getroffen werden. All dies mit Realitätssinn und unter Berücksichtigung nicht wegzudiskutierender Zwänge (s.a. die unter Top 4 erforderliche Entscheidung).

Herr Schwarzbeck gibt anschließend einen Ausblick auf die aktuelle Gesamtsituation:

Das Ergebnis der Steuerschätzung vom Nov. 2016 hat der Bayer. Städtetag wie folgt zusammengefasst:

„Keine Finanzspielräume für Städte und Gemeinden - Bund, Länder und Gemeinden können auch in den kommenden Jahren als Folge der guten Konjunktur mit wachsenden Steuereinnahmen rechnen. Allerdings ergeben sich im Hinblick auf die Dynamik auf der Ausgabenseite keine zusätzlichen finanziellen Spielräume für die bayerischen Städte und Gemeinden.“

Wenn man sich die derzeit bekannten Zahlen zur aktuellen Finanzlage der Stadt Ansbach ansieht, kann die Feststellung des Bayer. Städtetags so übernommen werden.

Drei wichtige Punkte zur aktuellen städtischen Haushaltslage ruft Herr Schwarzbeck vor den Beratungen in Erinnerung. Vielleicht haben diese Ausführungen einen Einfluss auf die heute zu treffenden Entscheidungen:

1. Damit ein ausgeglichener Haushaltsentwurf 2017 vorgelegt werden konnte, wurden alle Einnahmemöglichkeiten ausgereizt, teilweise über die Orientierungsdaten hinaus. Beschlüsse zur Einnahmeerhöhung ohne Veränderung der Grundlagen führen in ein Haushaltsdefizit für 2017 und werden bei der Haushaltsgenehmigung mindestens negativ erwähnt.
2. Das Haushaltsjahr 2017 wird voraussichtlich mit einem kleinen Überschuss abschließen, der die Rücklage von derzeit rd. 3,2 Mio. € nicht entscheidend positiv verändern wird. Derzeit ist im Haushaltsentwurf 2017 eine Rücklagenentnahme von 700.000 € vorgesehen.

Niedrigere Einnahmen im laufenden Haushalt 2016 aus Grundstückverkäufen (rd. 2 Mio. €) sowie bei der Beteiligung an der Einkommensteuer (rd. 100.000 €) können durch Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen und der Gewerbesteuer gedeckt werden. Sonstige Mehrausgaben können voraussichtlich durch viele kleinen Mehreinnahmen bzw. Einsparungen finanziert werden.

3. Ohne die derzeitige gute Wirtschaftslage mit steigenden Einnahmen aus Steuern, Steuerbeteiligungen und staatlichen Zuweisungen könnte Ansbach einen Haushalt von über 150 Mio. € unmöglich finanzieren.

Eigentlich müsste bei der derzeitigen konjunkturellen Lage keine Neuverschuldung erforderlich sein. Außerordentlich hohe Ausgaben für ANregiomed sowie die von Ihnen beschlossenen Ausgaben für die Entwicklung von Wohnbau- und Gewerbeflächen zwingen die Stadt Ansbach für die Jahre bis 2018 in eine Netto-Neuverschuldung. Da bereits viele Projekte und Baumaßnahmen beschlossen wurden, wie z.B.

- Sanierung Berufs- und Wirtschaftsschule
- Sanierung Gebäude Weinbergschule
- Baukostenzuschuss zur Sanierung Freibad
- dringen notwendige Sanierung Rathausareal
- Erweiterung Bauschuttdeponie

konnte der Haushaltsentwurf 2017 nicht ohne neue Verschuldung aufgestellt werden.

Er bittet darum, keine zusätzlich Baumaßnahmen zu beschließen, denn die Verwaltung hat echte Probleme bei der Finanzierung (eine Neuverschuldung von annähernd 5 Mio. € ist problematisch auch hinsichtlich der Haushaltsgenehmigung) und das Baureferat hat noch mehr Probleme bei der Ausführung. Wenn mehrheitlich weiter über das durchschnittliche Ansbacher Niveau hinaus investiert werden soll, muss er dringend empfehlen, auch die Einnahmegrundlagen = Hebesätze der Realsteuern der Ausgabenentwicklung anzupassen.

Dient zur Kenntnis.

TOP 2 Höchstbetrag der Kassenkredite 2017 -Entscheidung-

Herr Schwarzbeck führt aus, dass während eines Haushaltsjahres die Liquidität, die sogenannte Kassenlage, Schwankungen unterworfen ist. Zur Sicherung von fälligen Zahlungen bzw. zur Zwischenfinanzierung sind zeitlich begrenzt Kassenkredite notwendig.

Nach dem Kommunalen Haushaltsrecht soll der Höchstbetrag der Kassenkredite 1/6 der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nicht überschreiten. Nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf wären dies für die Stadt Ansbach höchstmögliche Kassenkredite im Jahr 2017 von rund 21,2 Mio. €.

Um die Liquidität der Stadtkasse sicherzustellen, wird vorgeschlagen, den Höchstbetrag der Kassenkredite im Jahr 2017 auf 15 Mio. € wie im Vorjahr festzusetzen.

Beschluss:

Der Höchstbetrag der Kassenkredite im Jahr 2017 wird auf 15 Mio. € festgesetzt.

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Stellenplan 2017

Herr Steinhäuser weist darauf hin, dass der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 durch den Personalausschuss des Stadtrates in dessen Sitzung am 07.11.2016 vorbereitet wurde. Das Ergebnis liegt in Form des übersandten Stellenplanentwurfs vor.

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 sieht

im Beamtenbereich: 124 Stellen

(1 Stelle mehr als 2016 Umwandlung von 1 Arbeitnehmerstelle in Beamtenstelle,
10 Stellenanhebungen zu Beförderungszwecken)

im Arbeitnehmerbereich: 406 Stellen

(1 Stelle mehr als 2016 Neuschaffung von 2 Arbeitnehmerstellen,
Umwandlung von 1 Arbeitnehmerstellen in Beamtenstelle)

vor.

Herr Illig beantragt, seinem in den Stellenplanberatungen abgelehnten Antrag zur Schaffung einer zusätzlichen Sozialarbeiterstelle, zuzustimmen.

Herr Nießlein führt aus, dass die Flüchtlingszugänge derzeit konstant gering sind und die Flüchtlinge durch verschiedene Stellen ausreichend betreut würden. Das zuständige Amt sehe auch keinen Personalmehrbedarf.

Sodann wird über den Einzelantrag von Herrn Illig zur Schaffung einer zusätzlichen Stelle abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis: 8 Ja 30 Nein
Mehrheitlich abgelehnt.**

Auf Anfrage von Frau Dr. von Blohn erläutert Herr Steinhäuser, dass die Besetzung der ausgeschriebenen Stellen im Jugendamtsbereich im Personalausschuss am 22.11.2016 beschlossen werden soll und diese auch unmittelbar im dortigen Bereich untergebracht werden.

Anschließend trägt Herr Steinhäuser den Beschlussvorschlag vor.

Beschluss:

Dem Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 wird wie folgt zugestimmt:

- a. 124 Beamten-Planstellen
- b. 406 Arbeitnehmer-Planstellen (davon 116 im ehem. Arbeiterbereich)
530 planmäßige Stellen (+ 2 Stellen/+ 0,38 v. H. gegenüber Stellenplan 2016)

Einstimmig beschlossen.

TOP 4	Ergänzungen zum Haushaltsentwurf 2017; a) Bezirksamtlage 2017 b) Stellenplan 2017 - finanzielle Auswirkungen - c) Darlehen/Vorschuss ANregiomed
--------------	--

Herr Hüttinger stellt vor Beginn des Tagesordnungspunktes den Antrag, Punkt 4 c „Darlehen für ANregiomed“ abzusetzen und in der nächsten Stadtratssitzung zu beraten. Die Zahlen von ANregiomed weisen inzwischen eine extrem kurze Halbwertszeit auf. Er möchte die nächste Verwaltungsratssitzung am 23.11.2016 abwarten, um zumindest einigermaßen auf dem aktuellen Stand zu sein. Auch müssten die Träger besser in die Entscheidungen eingebunden werden.

Herr Schwarzbeck stellt klar, wenn heute kein Beschluss gefasst wird, sind keine Haushaltsmittel in 2017 enthalten und die Stadt ist nicht handlungsfähig. Ein Nachtragshaushalt wäre dann erforderlich, der mindestens 6 – 8 Wochen Vorlaufzeit brauche. Heute gehe es nur darum, Haushaltsmittel in den Haushalt 2017 einzustellen, damit die Stadt handlungsfähig ist. In welcher Höhe der Ausgleich bezahlt wird, kann noch entschieden werden.

Es erfolgt eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Hüttinger, TOP 4 a abzusetzen.

**Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 29
Mehrheitlich abgelehnt.**

Sodann trägt Herr Schwarzbeck folgenden Sachverhalt zur Bezirksamtlage vor:

a) Bezirksumlage

Der Bezirk Mittelfranken hat einen Haushaltsentwurf erstellt, in dem eine Erhöhung der Bezirksumlage um 0,9 Prozentpunkte vorgesehen ist. Anlässlich einer Informationsveranstaltung des Bezirks Mittelfranken haben die betroffenen Städte und Landkreise den Mitarbeitern des Bezirks Mittelfranken sowie den politischen Vertretern des Bezirks Mittelfranken nachdrücklich erklärt, dass eine derartige Erhöhung für die Städte und Landkreise sehr schwierig zu verkraften ist.

Bei der Begründung der Erhöhung für den Umlagesatz wird darauf verwiesen, dass im Sozialbereich erhöhte Ausgaben für unbegleitete Minderjährige entstehen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Für diesen Personenkreis hat der Bezirk Mittelfranken die Kosten zu übernehmen. Seitens des Bezirks Mittelfranken wird hier die Meinung vertreten, dass nur wenige junge Volljährige ohne entsprechende Betreuung in Einrichtungen bzw. ambulante Betreuungen bei uns leben können. Für diese Betreuungsaufgabe entstehen voraussichtlich Kosten i.H.v. knapp 20 Mio. € im Jahr 2017, die über die Bezirksumlageerhöhung gedeckt werden sollen.

Erfahrungsgemäß wird bei den Beratungen des Haushalts 2017 in den politischen Gremien des Bezirks Mittelfranken eine Abschwächung der Verwaltungsvorlage erfolgen. Mit einer Erhöhung von 0,3 – 0,5 Prozentpunkten muss aber gerechnet werden. Für die Stadt Ansbach würde dies Mehrausgaben i.H.v. zwischen 160.000,00 € und 265.000,00 € bedeuten. Derzeit laufen noch Gespräche, deren Ziel keine Erhöhung der Bezirksumlage ist.

Beschluss:

Für die evtl. entstehenden Mehrausgaben Bezirksumlage werden im Haushalt 2017 keine Haushaltsmittel bereitgestellt, da der Bezirkshaushalt noch nicht beraten ist und im politischen Gremium Bezirkstag eine Entscheidung gegen eine Erhöhung der Bezirksumlage getroffen werden sollte. Aufgrund der höheren Umlagekraft steigen die Einnahmen des Bezirks Mittelfranken deutlich über 4 v.H.

Bei einer abweichenden Beschlussfassung des Bezirkstages muss der Stadtrat im Herbst 2017 überplanmäßige Mittel bewilligen. Deren Höhe ist dann auch bekannt.

Einstimmig beschlossen.

Anschließend trägt Herr Schwarzbeck folgenden Sachverhalt zum Stellenplan vor:

b) Stellenplan

Bei den Stellenplanberatungen am 07.11.2016 wurde eine Stelle neu geschaffen. Für diese neue Stelle sowie für die beschlossenen Beförderungen und Höhergruppierungen entstehen 2017 Ausgaben, die im extrem knapp kalkulierten Haushaltsentwurf so nicht enthalten sind. Die errechneten Mehrkosten von rd. 100.000 € sollten noch im Haushalt 2017 berücksichtigt werden.

Beschluss:

Aufgrund der Beschlüsse im Personalausschuss vom 07.11.2016 zu Stellenmehrungen, Höhergruppierungen und Beförderungen werden im Haushalt 2017 zusätzlich 100.000 € im Sammelnachweisring „Personalkosten“ bereitgestellt (UA 1100 zus. 35.000 € und Deckungsreserve Personalausgaben 65.000 €).

Die Deckung dieser Mehrausgaben erfolgt durch die Veranschlagung von Mehreinnahmen bei HSt. 01.0341.2616 (Verzinsung von Steuernachforderungen) in gleicher Höhe.

Einstimmig beschlossen.

Abschließend trägt Herr Schwarzbeck folgenden Sachverhalt zum Darlehen für ANregiomed vor:

c) Darlehen für ANregiomed

Im Stadtrat wurde am 11.10.2016 darüber berichtet, dass ANregiomed gemäß dem Konsortialvertrag sowie der KUV die Trägerausgleichszahlungen, bis zum Ausgleich durch Stadt und Landkreis Ansbach, fünf Jahre vorfinanzieren muss. Nachdem derzeit nicht erkennbar ist, dass in den nächsten Jahren schwarze Zahlen beim gemeinsamen Kommunalunternehmen ANregiomed entstehen können, muss das gemeinsame Kommunalunternehmen ANregiomed die bereits bekannten Trägerausgleichszahlungen vorfinanzieren. Diese Vorfinanzierung kann nicht allein aus dem Kreditrahmen des Unternehmens für den laufenden Betrieb entnommen werden. Deshalb sind die Engpässe bei der Liquidität entstanden, die sich im kommenden Jahr fortsetzen.

Für das Unternehmen gibt es zwei Lösungsmöglichkeiten:

1.) Die beiden Träger des Unternehmens gewähren ein Trägerdarlehen/vorgezogenen Trägerausgleich zur Zwischenfinanzierung. In den Jahren 2018 – 2020 könnte durch Abzug von den Trägerausgleichszahlungen das Darlehen/der vorgezogene Trägerausgleich getilgt werden. Hierbei ist an 6 Mio. € gedacht, die sich gemäß den Eigentumsanteilen (40 : 60) auf die Träger verteilen.

2.) Das Unternehmen ANregiomed muss auf dem Kreditmarkt versuchen ein entsprechendes Darlehen zur Sicherung der Liquidität zu erhalten. Aufgrund der bekannten Probleme erhält das gKU ANregiomed relativ ungünstige Zinskonditionen.

Im Haushaltsentwurf 2017 sind für die Gewährung eines Trägerdarlehens/eines Vorschusses an ANregiomed keine Haushaltsmittel enthalten. Der Landkreis Ansbach hat im Oktober 2016 bereits beschlossen, im Haushalt 2017 entsprechende Mittel für eine Überbrückung des Liquiditätsengpasses bereit zu stellen.

Der Stadtrat kann die Mittelbereitstellung haushaltsrechtlich beschließen, für die Auszahlung aber einen gesonderten Stadtratsbeschluss sich vorbehalten. Denkbar wäre ein Zeitpunkt nach Vorlage des Rohentwurfs für den Jahresabschluss 2016.

Frau OB Seidel macht explizit darauf aufmerksam, dass die Herzkatheter-Bereitschaft trotz mehrheitlichem Votum nicht umgesetzt wurde, es strukturell etwas verändert werden müsse und die Stadt als Träger mehr Einflussmöglichkeiten haben muss.

In einer anschließenden Diskussion werden folgende Punkte angesprochen

- Klinikum soll in kommunaler Trägerschaft bleiben
- Fusion war richtige Weg
- ANregiomed muss Rohentwurf für den Jahresabschluss 2016 sowie aktuelle Zahlen vorlegen
- ausführliche und rechtzeitige Beratung im Stadtrat vor Auszahlung Trägerausgleich
- es müsse ein Zeichen gesetzt werden, um den Ernst der Lage zu erfassen
- Beschlussvorschlag enthält Vorfestlegungen, die so nicht beschlossen werden können
- Prognose noch ungünstiger als angenommen
- Entscheidungen werden immer wieder unter Zeitdruck getroffen
- Gefahr, dass die Liquidität des Klinikums nicht mehr gegeben ist, wenn Beschluss nicht gefasst wird
- an Beschluss müsse Forderungen geknüpft werden
- Erinnerung an Übernahme Trägerausgleich

Herr Porzner beantragt Schluss der Rednerliste. Hiermit besteht Einverständnis.

Herr Schwarzbeck verliest einen neu formulierten Beschlussvorschlag, in dem die Forderung, im Februar nochmal grundsätzlich über die Thematik zu diskutieren, verankert ist.

Herr Schaudig hält es für ganz wichtig, dass spätestens im Februar im Stadtrat detailliert über das Thema beraten wird und mit welchen Vorgaben und in welcher Höhe die Stadt Mittel bereitstellt. Dies soll im Beschlussvorschlag so mit aufgenommen werden.

Beschluss:

Dem gKU ANregiomed soll in Absprache mit dem Landkreis Ansbach im Frühjahr 2017 ein Trägerdarlehen / ein Vorschuss auf Trägerausgleichszahlungen in Aussicht gestellt werden. Die Rückzahlung soll in drei gleichen Raten in den Jahren 2018 bis 2020 erfolgen und wird von den bereits feststehenden Trägerausgleichszahlungen des jeweiligen Jahres einbehalten.

Der Stadtrat behält sich vor, hierzu einen entsprechenden Darlehensvertrag / eine Vereinbarung nach Vorlage des Rohentwurfs „Jahresabschluss 2016“ und der Vorlage der aktuellen Zahlen für 2017 zu beschließen. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen werden durch die Mittelbereitstellung von 2,4 Mio. € im Haushalt 2017 geschaffen.

Die Finanzierung im Haushalt 2017 erfolgt durch eine weitere Neuverschuldung von 2,4 Mio. € erfolgen, die bis zum Haushaltsjahr 2020 zurückzuführen ist.

Ab Februar 2017 ist die detaillierte Beratung und Entscheidung im Stadtrat vorzubereiten.

Einstimmig beschlossen.

TOP 5	Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2017 - Anlage - a) Verwaltungshaushalt b) Vermögenshaushalt c) Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung
--------------	--

Beschlüsse:

a) Verwaltungshaushalt

Einzelbeschlüsse siehe Anlage 1

b) Vermögenshaushalt

Einzelbeschlüsse siehe Anlage 2

Beschluss:

Die Einnahmeerwartungen bei den Schlüsselzuweisungen werden um 300.000 € aufgestockt. Die restlichen fehlenden Mittel i.H.v. 800.000 € sind aus der Rücklage zu entnehmen.

Ja 19 Nein 18

Mehrheitlich beschlossen.

c) Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung

Einzelbeschlüsse siehe Anlage 3

Beschluss:

Die ungedeckten Investitionssummen im Jahr 2018 i.H.v. 400.000 € und 2019 i.H.v. 220.000 € werden durch eine höhere Darlehensaufnahme im jeweiligen Jahr gedeckt.

Ja 20 Nein 17

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 6	Abgleich des Haushalts 2017 und der mittelfristigen Finanzplanung; Auftrag an die Kämmerei
--------------	---

Herr Schwarzbeck informiert, dass nach Abschluss der Haushaltsberatungen 2017 das Zahlenwerk und die mittelfristige Finanzplanung, unter Berücksichtigung der Stadtratsbeschlüsse, abgeglichen werden müssen. Für den Haushalt 2017 müssen aufgrund der ab 01.10.2016 geltenden Verwaltungsvorschriften zur Kommunalen Haushaltsverordnung Veränderungen bei der Bezeichnung der Haushaltsstellen sowie die Verschiebung von Unterabschnitten an eine andere Stelle vorgenommen werden. Diese neuen Verwaltungsvorschriften wurden erst am 15.09.2016 veröffentlicht und konnten daher bei der bisherigen Haushaltsplanung noch nicht vollständig berücksichtigt werden.

Diese textlichen Veränderungen bzw. Veränderung von Gliederungs- und Gruppierungsziffern würden sich in keinsten Weise auf die Haushaltsfestsetzungen, die heute beschlossen wurden, auswirken. Es handle sich um reine redaktionelle Änderungen.

Beschluss:

Die Stadtkämmerei wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der Beschlüsse zum Haushaltsplan 2017, diesen und die mittelfristige Finanzplanung auszugleichen. Gleichzeitig wird die Verwaltung ermächtigt, redaktionelle Änderungen aufgrund der seit 01.10.2016 geltenden Verwaltungsvorschriften zur Kommunalen Haushaltsverordnung vorzunehmen.

**Abstimmungsergebnis: Ja 37
Einstimmig beschlossen.**

TOP 7 Anfragen/Bekanntgaben

Es liegen keine Anfragen/Bekanntgaben vor.

Auflageverfahren

Die Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 11.10.2016 wurde durch Auflage genehmigt.

Carda Seidel
Oberbürgermeisterin

Birgit Schöff
Schriftführer/in

Barbara Jakob
Schriftführer/in